

extragrün

Zeitung der grünen Bundestagsfraktion – April/Mai 2026

Dossier

Wasser: warum wir es brauchen,
wie wir es schützen

Insight

Eine Woche mit der Ersten Parla-
mentarischen Geschäftsführerin

Dokumentation

Wie wir gemeinsam unsere
Demokratie verteidigen



02 Titeldossier Wasser

Die Grundlage allen Lebens ist gefährdet.

08 Leitartikel

Unsere Fraktionsvorsitzenden ziehen Bilanz nach einem Jahr Merz-Regierung.

09 Gute Nachrichten**10 Vor Ort**

Claudia Müller und Karl Bär berichten über Wasserprojekte aus ihren Wahlkreisen.

12 Porträt

Umweltpolitikerin Julia Schneider aus Berlin

14 Insight

Eine Woche mit der Ersten Parlamentarischen Geschäftsführerin Irene Mihalic

16 Dokumentation

So lief der Auftakt unserer neuen Veranstaltungsreihe „Sofortprogramm Zukunft“.

18 Encore**19 minigrün**

Alles, was du schon immer über Schwämme wissen wolltest



A black duck is swimming in a body of water. The water is dark blue and has many ripples and reflections. The duck is in the lower-left quadrant of the image. The word 'Wasser' is written in large, white, serif font across the bottom half of the image.

Wasser

Der Wert des Wassers für das Leben auf der Erde ist kaum zu überschätzen. Erfahren Sie in unserem Titeldossier, was Wasser so wertvoll macht, was es bedroht – und wie wir es besser schützen wollen.

Im Wasser fing alles an. Vor etwa vier Milliarden Jahren, als unser Blauer Planet noch sehr jung und längst nicht so blau war, bildeten sich irgendwo in den Tiefen des Ozeans einzellige Mikroorganismen. Das erste Leben auf der Erde war geboren. Seitdem ist viel passiert, doch eines gilt unverändert: Wasser ist die unverzichtbare Lebensgrundlage für uns alle.

Sein Wert zeigt sich schon darin, dass wir Menschen nur wenige Tage ohne Wasser überleben können. Jede Zelle unseres Körpers besteht zu einem großen Teil aus Wasser. Es reguliert unsere Körpertemperatur, transportiert Nährstoffe und hilft bei der Entgiftung. Auch unser Gehirn arbeitet am besten, wenn es gut mit Wasser versorgt ist. Wir alle kennen das: Wer zu wenig trinkt, fühlt sich müde und kann sich schlechter konzentrieren.

Wasser erhöht auch unsere Lebensqualität. Der Blick aufs offene Meer oder das sanfte Plätschern eines Baches „erden“ uns emotional. Mit dem Wasser verbinden wir Sehnsuchtsorte und Erholung: die Ruhe eines Bergsees, die Strandwanderung, die den Kopf frei macht, oder die Kanutour mit Freund*innen. Und was wäre ein heißer Sommertag ohne Erfrischung im kühlen Nass – ob im Freibad oder am Badensee?



Foto: istock

Wasser begleitet unseren Alltag. Wir benutzen es zum Kochen, zum Duschen oder einfach, um unseren Durst zu stillen. Wir drehen den Wasserhahn auf und hochwertiges Trinkwasser sprudelt heraus. Wir sind es gewohnt, dass es uns jederzeit zur Verfügung steht. In Deutschland funktioniert das zuverlässig – jeden Tag.

Doch schon heute haben weltweit mehr als zwei Milliarden Menschen keinen verlässlichen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Und das, obwohl dieser Zugang seit 2010 offiziell ein Menschenrecht ist. Fakt ist: Unsere Wasserreserven stehen weltweit unter Druck. Die Vereinten Na-

tionen warnen inzwischen sogar vor einem „globalen Wasserbankrott“. Gemeint ist damit eine Situation, in der sauberes Wasser knapp wird, weil Süßwasserreserven unumkehrbar verloren gehen.

Wassermangel, Wassermassen

Ein Grund dafür ist die Klimakrise. Ihre Auswirkungen spüren wir längst auch bei uns. In den letzten Jahren erleben wir immer häufiger lange Trockenperioden. Böden verdorren, Grundwasserstände sinken und Flüsse sind nicht mehr befahrbar. Mancherorts waren Kommunen bereits gezwungen, den Wasserverbrauch zu drosseln. Einige von uns haben es sicher schon erlebt, dass in ihrer Gemeinde im Hochsommer Gärten nicht mehr bewässert und Swimmingpools nicht mehr befüllt werden durften.

Auch unsere Lebensmittelproduktion ist bei Wassermangel bedroht: Obst, Gemüse und Getreide wachsen schlechter und Ernten fallen magerer aus. Die Folgen zeigen sich in unserem Kühlschrank und Geldbeutel: Denn Lebensmittel werden dadurch knapper, die Preise im Supermarkt steigen.

Gleichzeitig nehmen aber auch heftige Starkregen zu. Dann stürzen binnen weniger Stunden enorme Wassermengen vom Himmel. Flüsse treten über die Ufer, die Kanalisation versagt, Straßen stehen unter Wasser und Keller laufen voll. Wir alle kennen die schrecklichen Bilder von reißenden Bächen und Flüssen, die Häuser überfluten, Autos fortschwemmen und sogar Menschenleben fordern. Diese beiden Extreme – anhaltende Trockenheit und plötzliches

Hochwasser – sind zwei Seiten derselben Entwicklung.

Schwamm statt Schwemme

Es gibt bereits gute Ideen, um die zerstörerischen Kräfte der Klimakrise einzudämmen. Wir können zum Beispiel unsere Städte und Landschaften so umgestalten, dass sie Wasser länger halten können. Das Prinzip heißt „Schwammstadt“ oder „Schwammlandschaft“. Die Idee dahinter: Wenn es regnet, nehmen unversiegelte Böden das Wasser wie ein Schwamm auf und speichern es. In trockenen

Zeiten geben sie es langsam wieder ab. In Städten gelingt das, wenn wir Beton und Asphalt durch mehr Grünflächen und Bäume ersetzen. In der Landwirtschaft sollten wir auf Biolandbau setzen. Denn die ökologische Landwirtschaft hat einen wesentlichen Anteil am Aufbau humusreicher Böden, die ein Schlüssel zur Verbesserung des Wasserhaushalts sind.

Einen wichtigen Beitrag leistet bereits das „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“. Es ist eines der größten Naturschutzprogramme in der Geschichte der Bundesrepublik, das wir Grüne noch in der Ampelregierung auf Bundesebene aufgestellt haben. Viele kleine Projekte im ganzen Land tragen dazu bei, dass beispielsweise Moore wiedervernässt werden und Flüsse mehr Platz zurückerhalten. Solche Überschwemmungsflächen nehmen bei Hochwasser überschüssiges Wasser auf und verhindern damit Schäden. Das hilft den fast 400.000 Menschen in Deutschland, die akut von Hochwassergefahr betroffen sind.

Wasser sauber halten

Neben der Klimakrise ist unser Wasser zunehmend von Verschmutzung bedroht. Wir sollten bedenken: Jeder Abfluss ist eine kleine Verbindung zur Umwelt. Und was wir dort hineingeben, kommt irgendwann wieder zu uns zurück. Winzige Plastikteilchen können zum Beispiel von Fischen oder Muscheln aufgenommen werden. Wenn wir diese Tiere essen, gelangt Mikroplastik auch in unseren Körper – mit ungewissen Folgen für unsere Gesundheit. Deshalb ist es gut, wenn wir bewusst darauf achten, etwa alte Arzneimittel nicht in der Toilette zu entsorgen oder Kleidung aus Kunstfasern in speziellen Netzen zu waschen, die Mikroplastik auffangen. Wir alle können unseren Teil dazu beitragen, unser Wasser sauber zu erhalten.

Alles, was wir ins Wasser hineingeben, kommt irgendwann wieder zu uns zurück.

Ein großes Problem stellen aber vor allem Chemikaliencocktails aus der Industrie und Antibiotika aus der intensiven Tierhaltung dar, die ins Wasser gelangen. Auch die Gülle aus den Großbetrieben für Nutztiere, die in großen Mengen



Unendlich kostbar:

71 % der Erdoberfläche sind von Wasser bedeckt

Davon sind ...

Nur 2,5 % der gesamten Wassermenge

sind trinkbares Süßwasser

66,6 % als Eis in Gletschern gebunden

nur 0,3 % für den Menschen nutzbar

30 % Grundwasser tief unter der Erde

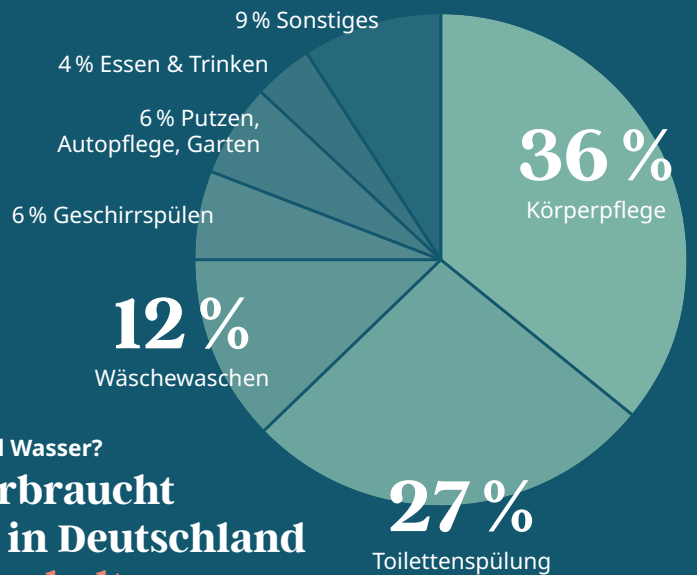
Wasserwissen

Ohne Wasser kann ein Mensch durchschnittlich maximal 3 Tage überleben.

Wasseranteil im menschlichen Körper:

60-65 %

50-55 %



Was verbraucht wie viel Wasser?

Im Schnitt verbraucht jeder Mensch in Deutschland täglich im Haushalt 126 Liter Trinkwasser.

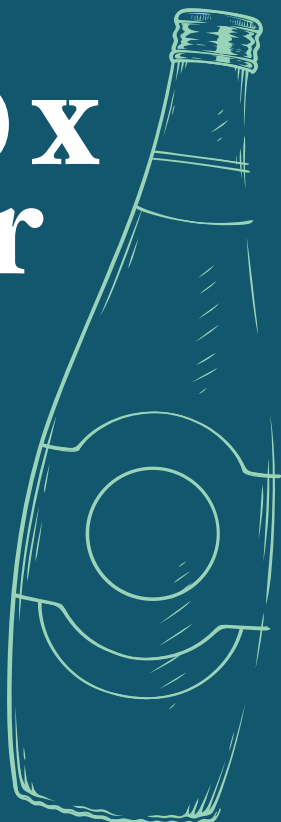
Für die Herstellung von Lebensmitteln, Bekleidung und anderen Bedarfsgütern werden umgerechnet 7.200 Liter pro Person und Tag verbraucht, ein Großteil davon in der Landwirtschaft.

100 x teurer

95 % der Deutschen trinken Mineralwasser.

126 Liter waren es im Schnitt 2024.

Die Hersteller verdienen gut daran. Schließlich kostet Mineralwasser bis zu 100-mal so viel wie einfaches Leitungswasser.



Die Produktion eines einzigen Baumwoll-T-Shirts verbraucht etwa

2.700 l



Die Umweltverbände werden zum Sündenbock gemacht.

3 Fragen an Jan-Niclas Gesenhues

Die Bundesregierung nimmt das Klagerecht der Umweltverbände ins Visier. Was hat sie vor?

Wir erleben gerade den größten Angriff auf Natur- und Klimaschutz seit Bestehen der Bundesrepublik. Die Koalition plant mehrere Gesetze, die zentrale Klage- und Beteiligungsrechte der ökologischen Zivilgesellschaft einschränken. Das ist kein Zufall, sondern Teil einer größeren Strategie: Kritische Stimmen sollen zum Schweigen gebracht werden. Den Deckmantel dafür liefert die angebliche Beschleunigung von Infrastrukturmaßnahmen. Dabei gehen weniger als 0,1 Prozent der Verwaltungsgerichtsverfahren auf Umweltklagen zurück. Von einer Klageflut kann also keine Rede sein. Die Umweltverbände werden zum Sündenbock gemacht.

Warum ist das problematisch?

Umweltverbände sorgen mit ihren Klagen dafür, dass geltendes Recht eingehalten wird – damit wir alle saubere Luft, reines Wasser und gesunde Böden haben. Und sie sind ein wichtiges Kontrollorgan, wie das jüngste Urteil zum unzureichenden Klimaschutzprogramm der Bundesregierung gerade erst gezeigt hat. Wer unliebsame Urteile einfach verhindern will, stellt den Rechtsstaat selbst infrage. Der Angriff auf den Umweltschutz ist deshalb auch ein Angriff auf unsere Demokratie.

Was würde wirklich helfen?

Beschleunigung erreicht man durch bessere Planung, klug eingesetztes Personal und konsequente Digitalisierung – nicht durch den Abbau von Klagerechten. Wir brauchen eine Politik, die die Menschen mitnimmt, naturverträglich plant und endlich ein Klimaschutzprogramm aufsetzt, das diesen Namen verdient.

Jan-Niclas Gesenhues ist Sprecher für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

→ gruene-bundestag.de/klagerecht

auf den Feldern ausgebracht wird, führt zu einer hohen Nitratbelastung unseres Grundwassers. Zwar schaffen es die Kläranlagen und Wasserwerke bisher noch, unser Trinkwasser sehr gut zu reinigen. Doch der Aufwand nimmt zu und die Kosten steigen, wir sehen es an unserer Wasserrechnung. Wir Grüne im Bundestag finden: Die Kosten für die Reinigung und Aufbereitung des Wassers sollten nicht wir Bürger*innen, sondern diejenigen tragen, die es verschmutzen.

Faire Preise für alle

Es lohnt sich auch, beim Wasserverbrauch genauer hinzuschauen: Wer nutzt eigentlich wie viel Wasser und wofür? Wasser ist schließlich ein kostbares Gut! Große Verbraucher, etwa in der Industrie, sollten dafür einen angemessenen Preis zahlen, der zugleich zum sparsamen Umgang anregt.

Es ist zwar kaum zu glauben, aber in einigen Bundesländern dürfen Unternehmen bis heute kostenlos Wasser zu Produktionszwecken abpumpen. Auch die Praxis, dass Mineralwasserkonzerne vielerorts umsonst Wasser aus den örtlichen Brunnen entnehmen, führt mittlerweile zu Konflikten. Es kann ja auch nicht sein: Wir Bürger*innen zahlen immer höhere Gebühren, während die Kommunen knapp bei Kasse sind und die Unternehmen mit dem Gemeingut Wasser Rekordgewinne machen. Wir Grüne im Bundestag wollen deshalb bundesweit einheitliche Wassergebühren einführen. Die Einnahmen sollen im Sinne des Allgemeinwohls der Reinigung und Erhaltung unserer Gewässer zugutekommen.

Wichtig ist uns, dass sauberes Trinkwasser für alle bezahlbar bleibt. Gerade Haushalte mit geringem Einkommen leiden unter steigenden Wasserpreisen. Eine faire Kostenverteilung ist darum auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Die Versorgung von uns Menschen mit Trinkwasser muss jederzeit Vorrang haben, auch wenn irgendwo das Wasser einmal knapp wird. Und: Wasser darf nicht zu einer Ware werden, mit der man handeln kann. Wir wollen deshalb, dass die Wasserversorgung überall in öffentlicher Hand bleibt. Städte und Gemeinden tragen Verantwortung dafür, uns

alle zuverlässig mit sauberem Trinkwasser zu versorgen. Dazu gehört auch, dass Wasser im Alltag leicht zugänglich ist – zum Beispiel durch Trinkbrunnen auf dem Dorfplatz oder kostenloses Leitungswasser in Kantinen und öffentlichen Einrichtungen.

Vorsorge treffen: jetzt!

In der Ampelregierung haben wir Grüne im Bundestag die Nationale Wasserstrategie entworfen, die all diese Ideen und Maßnahmen bündelt. Sie ist ein umfassender Plan, um unser Wasser dauerhaft zu schützen und unsere Wasserversorgung zu sichern. Wir werden diesen Sommer dazu nutzen, überall in der Republik auf die Gefahren für unser Wasser aufmerksam zu machen und mit den Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen. Im Bundestag werden wir die schwarz-rote Regierung auffordern, den Schutz unseres Wassers endlich beherzt anzugehen.

Wir müssen heute die richtigen Entscheidungen treffen: unsere Gewässer schützen, Verschmutzung verhindern und natürliche Wasserspeicher erhalten. Dann sind auch unsere Kinder und Enkel*innen noch gut mit unserem wichtigsten Lebenselement versorgt.



Weitere Informationen:



Unsere Maßnahmen, Beschlüsse und Aktionsideen zum Thema Wasser:
→ gruene-bundestag.de/wasser

Wir Grüne im Bundestag wollen alles dafür tun, unser Wasser als essenzielle Lebensgrundlage zu schützen. Es soll auch in Zukunft sauber, für alle ausreichend vorhanden und bezahlbar sein.

Wasser ist für uns in Deutschland so selbstverständlich, dass wir kaum darüber nachdenken: Wasser kommt aus dem Hahn. Wasser ist wohltuend, erfrischend und immer da, wenn wir es brauchen.

Mit Wasser können wir nicht „nur“ unseren Durst stillen. Es ist entscheidend für unsere Gesundheit, unser Essen und noch vieles mehr. Ein Säugling besteht zu rund drei Vierteln aus Wasser, bei Erwachsenen ist es immer noch mehr als die Hälfte. Wenn wir unserem Wasser schaden – indem wir es zum Beispiel verunreinigen –, werden auch wir das irgendwann zu spüren bekommen.

Alles hängt zusammen

Leider ist unser Wasser nicht immer so rein, wie wir vielleicht glauben. Eine ganze Reihe unsichtbarer Stoffe belasten Flüsse und Trinkwasser. Gleichzeitig wird Wasser ständig knapper. Unsere Landschaften verlieren zunehmend ihre natürlichen Fähigkeiten: Denn nur wenn sie Wasser speichern, können sie es uns bei Bedarf wieder zur Verfügung stellen.

Die Klimaveränderungen, die wir heute schon erleben, verschärfen diese Entwicklung: Hitzewellen schädigen die Wälder und gefährden die Landwirtschaft. Extremes Klima belastet unsere Gesundheit. Starkregen und Hochwasser werden unberechenbarer, das Schmelzen der Gletscher verändert ganze Landschaften. Durch unsere Lebens- und Wirtschaftsweise ist der über Jahrtausende gewachsene Wasserhaushalt weltweit aus den

Warum Wasser uns alle angeht

Ein Text von **Steffi Lemke**

Fugen geraten. Um das zu ändern, müssen wir die Zusammenhänge in den Blick nehmen. Denn das Wasser zeigt uns, wie eng alles zusammenhängt: Gesundheit, Wirtschaft, soziale Fragen und Umwelt lassen sich nicht trennen. Unsere Wasserpolitik setzt genau hier an.

Kostbare Ressource sichern

Wasser ist die Grundlage allen Lebens – für Menschen, Wirtschaft und Natur. Doch sinkendes Grundwasser, zunehmende Trockenheit und Verschmutzung machen es überdeutlich: Auch bei uns wird Wasser knapper, die Zeit der Selbstverständlichkeit läuft ab!

Mancherorts wächst der Druck bereits schmerzhaft. Ausreichendes Wasser ist entscheidend für Industrie und Landwirtschaft. Beide sorgen maßgeblich für unseren Wohlstand und unsere Ernährung, doch benötigen sie dafür auch Unmengen Wasser und tragen zu seiner Verschmutzung bei.

Wir Grüne im Bundestag setzen uns dafür ein, unsere kostbaren Wasserreserven zu schützen: Grundwasser, Moore, Wasser- und Feuchtgebiete. Unse-

ren Flüssen wollen wir mehr Platz einräumen, damit Auen Wasser speichern und wieder abgeben können. In Städten brauchen wir Grünflächen, die das aufgeheizte Klima kühlen und Regenwasser aufnehmen können. Unsere Kläranlagen müssen modernisiert werden, um Mikroplastik und Arzneimittelrückstände aus dem Wasser zu filtern.

Wasser: verletzlich und unentbehrlich

Die Klimakrise zu bekämpfen, ihre Folgen abzumildern und unseren Wohlstand zu sichern – das kann nur gelingen, wenn verschiedene Maßnahmen ineinandergreifen. Eine entscheidende Rolle spielt dabei der natürliche Klimaschutz: Moore, Auen, Wälder und gesunde Böden speichern Wasser. Sie mildern die Auswirkungen von Hochwasser ab und helfen zugleich, auch eine Dürre zu überstehen. Ergänzend braucht es wirksamen technischen Hochwasserschutz – von Auffangbecken über Spundwände bis hin zu mobilen Sperren. Unentbehrlich sind auch klare Regelungen von Verantwortlichkeiten und Abläufen in kritischen Situationen. Das Ziel muss sein, Schäden möglichst zu verhindern.

Denn wir haben oft genug erlebt, wie schwer bereits eingetretene Katastrophen zu bewältigen sind und wie viele Steuermillionen uns das kostet.

Wichtige Werkzeuge zum europäischen Wasserschutz sind die Wasserrahmenrichtlinie und die kommunale Abwasserrichtlinie (KARL). Deshalb verteidigen wir sie gegen Lobby-Angriffe und setzen uns dafür ein, dass sie auf nationaler Ebene auch in Deutschland umgesetzt werden. Mit dem Verursacherprinzip der KARL sorgen wir für mehr Gerechtigkeit: Wer das Wasser verschmutzt hat, muss auch für die Reinigung bezahlen.

Wasser ist kritische Infrastruktur und von überragendem öffentlichem Interesse. Zu seinem Schutz fordern wir Grüne im Bundestag:

- die konsequente Nachrüstung wirksamer Reinigungsstufen in Klärwerken, um gefährliche Mikroschadstoffe herauszufiltern
- viel mehr Wasser in der Landschaft zu halten – gegen Dürre und zum Schutz vor Hochwasser
- die Wiederherstellung intakter Moore, Auen und Wälder
- mehr Stadtgrün zum Schutz vor Hitze und Starkregen
- Regeln, die Industrie und Landwirtschaft bei Grundwasserentnahmen in die Pflicht nehmen
- die Reduktion von Schadstoffeinträgen wie PFAS, Mikroplastik, Arzneimittelrückständen, Nitrat, Phosphat, Schwermetallen oder Pestiziden
- die Anwendung der Nationalen Wasserstrategie und deren konsequente Umsetzung gemeinsam mit den Bundesländern

Steffi Lemke ist Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

Neue Hoffnung statt alter Fehler



Britta Haßelmann und Katharina Dröge
Fraktionsvorsitzende

Mit großer Wucht führt uns die aktuelle Energie- und Ölkrise vor Augen, wie verletzlich unser Land ist. Die Abhängigkeit von fossiler Energie stellt uns nicht nur vor wirtschaftliche Herausforderungen, sondern auch vor politische. Hat die schwarz-rote Bundesregierung den Weckruf gehört?

Alle Welt stöhnt über die hohen Energiepreise. Und ohne Frage sind die wirtschaftlichen Belastungen für die Menschen und die Unternehmen enorm. Doch es geht um mehr. Wir müssen uns die grundlegende Frage stellen, wie zukunftsfähig dieses Land aufgestellt ist. Die fossilen Abhängigkeiten, in denen wir nach wie vor stecken, gefährden nicht nur das Klima, sie untergraben auch die sicherheitspolitische Stabilität und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Genau das nimmt die Bundesregierung billigend in Kauf.

Schwarz-Rot im Rückwärtsgang

Statt entschlossen einer nachhaltigen und unabhängigen Energieversorgung den Weg zu ebnen, wiederholen CDU/CSU und SPD alte Fehler. Die Entscheidungen der vergangenen Monate sprechen eine klare Sprache. Statt vorwärts geht es zurück: zurück zu Öl- und Gasheizungen, während gleichzeitig die Solarförderung gekürzt wird. Leidtragende sind vor allem diejenigen, die ohnehin weniger Spielraum haben: Mieter*innen, Haushalte mit geringem Einkommen, kleine Betriebe. Diese schwarz-rote Politik ist nicht nur sozial unausgewogen, sie ist energiepolitisch rückwärtsgewandt und ökologisch verantwortungslos. Nach einem Jahr ist die Bilanz ernüchternd: Die Bundesregierung täuscht die Bürger*innen mit einem unwirksamen Klimaschutzprogramm. Sie schwächt den Umweltschutz und legt der ökologischen Zivilgesellschaft Steine in den Weg.

Wie unentschieden das Regierungshandeln ist, zeigt sich am sogenannten Infrastruktur-Zukunftsgesetz: Das Gesetz macht keine einzige kaputte

Brücke wieder befahrbar und auch die Bahn wird dadurch nicht pünktlicher, wie es sich die Menschen zu Recht wünschen. Stattdessen liefert das Gesetz einen Freifahrtschein für Naturzerstörung. Wie kurzsichtig! Denn nur gesunde Ökosysteme versorgen uns mit sauberer Luft, Wasser und Lebensmitteln. Sie sind die Basis unseres Wohlstands und unserer Gesundheit.

Die Gesellschaft ist weiter

Dazu schlägt die Bundesregierung einen besorgniserregenden Ton gegenüber der Zivilgesellschaft an. Ehrenamtliche, Umweltinitiativen und zivilgesellschaftliche Organisationen werden diskreditiert. Wer jedoch diejenigen schwächt, die sich für Umwelt- und Klimaschutz einsetzen, greift letztlich das Fundament der Demokratie an. Und gerade in diesen Zeiten braucht es eine starke, aktive Zivilgesellschaft.

Doch es gibt Hoffnung: Genau dort, wo die Bundesregierung bremst, wächst eine Gegenbewegung. Überall im Land treiben Bürgerinitiativen den Ausbau erneuerbarer Energien voran, entwickeln Kommunen innovative Klimaschutzkonzepte, fordern Tausende Unternehmen in einem Wirtschaftsappell entschlossen eine Energiewende. Neue Allianzen entstehen, neue Ideen, neuer Mut. Diese Bewegung ist mehr als ein Korrektiv, sie ist ein Motor des Wandels. Ein Motor für reale Veränderungen vor Ort und eine Mutmacherin! Wieder einmal zeigt sich, dass gesellschaftlicher Fortschritt oft von unten entsteht.

Die Bundesregierung mag die Zeichen der Zeit nicht verstehen. Doch viele in unserer Gesellschaft sind weiter. Wir nehmen diese Energie mit voller Kraft in unsere parlamentarische Arbeit auf – für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, für uns alle.



Unser Plan für echten Schutz vor digitaler Gewalt

Spätestens der Fall Collien Fernandes hat es uns allen gezeigt: Deutschland hat ein riesiges Problem mit digitaler Gewalt! Den Altraum, dass jemand ihre Identität stiehlt, Fake-Profilen in ihrem Namen erstellt und gefälschte, pornografische Bilder teilt, durchleben leider viel zu viele Frauen. Schlimmer noch: Betroffene haben oft keine Handhabe, um sich gegen diese Form der digitalen Gewalt überhaupt zu wehren. Mitunter ist nicht einmal das Erstellen von Deepfake-Pornografie – also von künstlicher Intelligenz angefertigten sexualisierten Bildern – eine Straftat. Die Folgen für die Opfer können grausam sein: Sie leiden unter Panikattacken, fühlen sich wertlos und von den Behörden alleingelassen.

Wir Grüne im Bundestag wollen schon lange das Strafrecht verschärfen, damit das Verbreiten von sexualisierten Deepfakes und das Erstellen von heimlichen Aufnahmen endlich angemessen bestraft werden. Dafür haben wir im Bundestag einen Gesetzentwurf vorgelegt. Unser Ziel ist ein umfassendes Gesetz gegen digitale Gewalt und eine strenge Regulierung der großen Internetplattformen, die bei Hass und Hetze sofort handeln müssen. Gleichzeitig setzen wir uns für ein bundesweites Schutz- und Meldesystem nach spanischem Vorbild ein, damit Betroffene schnelle Hilfe erhalten und Gewalttäter frühzeitig gestoppt werden. Detaillierte Informationen zu unseren Konzepten gibt es hier: → gruene-bundestag.de/digitale-gewalt

Gleiche Rechte für Muslim*innen

Am 16. März 2026 fand erstmals ein Parlamentarischer Abend zu muslimischem Leben im Deutschen Bundestag statt. Unsere grüne Fraktion sprach dort mit ihren muslimischen Gäst*innen über Sichtbarkeit, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Denn wir wollen, dass Muslim*innen in Deutschland die gleichen Rechte wie Angehörige anderer Religionen bekommen.

Bis heute fehlen ihnen wichtige Strukturen: Es gibt zu wenig islamischen Religionsunterricht, kaum staatlich anerkannte muslimische Gemeinden, keine Militärseelsorge und keine dauerhafte Förderung für muslimische Vereine. Gleichzeitig steigt die Zahl islamfeindlicher Übergriffe auf einen Höchststand. In unserem Antrag „Vielfältiges muslimisches Leben in Deutschland fördern“ stellen wir Grüne im Bundestag einen nationalen Aktionsplan auf, der muslimischen Gemeinden endlich die gleichen Möglichkeiten gibt wie anderen Religionsgemeinschaften – und der auch Muslim*innen wirksam vor Hass und Diskriminierung schützt.

→ gruene-bundestag.de/muslime



Wir haben wieder einen Wirtschaftsbeirat

Anfang März hat die grüne Bundestagsfraktion zum zweiten Mal einen Wirtschaftsbeirat eingesetzt. Er bringt Führungspersonlichkeiten unterschiedlicher Branchen, Unternehmensgrößen und Regionen mit Abgeordneten zusammen und stärkt so den Dialog zwischen Politik und Wirtschaft.

Die politische Leitung des Beirats hat Katharina Beck, Sprecherin für Finanzpolitik, übernommen. Den Fraktionsvorstand vertreten Katharina Dröge und Andreas Audretsch. Ebenfalls für die grüne Fraktion dabei sind Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Energie, darunter die Sprecherin für Wirtschaftspolitik, Sandra Detzer, sowie Sandra Stein, Julian Joswig und Michael Kellner. Vonseiten der Wirtschaft hat der Beirat 62 Mitglieder aus diversen Branchen – vom DAX-CEO über den großen Mittelständler, die Geschäftsführerin im Handwerk bis zur selbstständigen Unternehmerin und Gründerin. Der Beirat ist paritätisch besetzt. Er trifft sich drei Mal jährlich.

Drei Leitlinien sollen seine Arbeit in der 21. Wahlperiode bestimmen: Wettbewerbsfähigkeit durch klimaneutrale Modernisierung und Planungssicherheit, mehr europäische Souveränität und eine Investitionsoffensive für Mittelstand, Start-ups und Fachkräfte.

→ gruene-bundestag.de/wirtschaftsbeirat

Wasserschutz von der Küste bis zu den Bergen

Die grünen Abgeordneten Claudia Müller und Karl Bär berichten, wie sie sich in ihren Wahlkreisen für den Erhalt sauberer Wasserlandschaften einsetzen.

Ein Moor erwacht zu neuem Leben: Klimaschutz an der Ostseeküste

Direkt vor meiner Haustür in der Nähe von Barth, und damit nur einen kräftigen Steinwurf von der Ostseeküste entfernt, verwandelt sich gerade die Landschaft: Auf rund 850 Hektar bekommt hier ein Moor sein Wasser zurück. Die Initiative gehört zum Projekt „Moorklimaschutz an der Ostseeküste“. Es ist Teil des „Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz“ (ANK), das wir Grüne in der letzten Legislaturperiode durchgesetzt haben.

Mecklenburg-Vorpommern gehört zu den moorreichsten Bundesländern Deutschlands. Rund 13 Prozent der Landesfläche bestehen aus Mooren. In früheren Zeiten wurden viele von ihnen entwässert, um sie land- oder forstwirtschaftlich zu nutzen. Die Folgen wirken noch lange nach: Trockengelegte Moore stoßen jedes Jahr Millionen Tonnen CO₂ aus. In Mecklenburg-Vorpommern sind sie allein für mehr als ein Drittel aller klimaschädlichen Emissionen verantwortlich.

Genau hier setzt das Projekt an. Wasser wird zurück in die Landschaft gebracht, Deiche werden

zurückgebaut, Gräben geschlossen. Die Natur bekommt die Chance, sich selbst zu regenerieren. Das Moor wird wieder nass. Landschaftsbilder, die ich seit Jahren kenne, verändern sich Stück für Stück. Neue, lebendige Ökosysteme entstehen, unscheinbare Böden verwandeln sich in echte Klimaschützer. Denn intakte Moore sind natürliche Kohlenstoffspeicher. Nach Schätzungen der Wissenschaftler*innen, die das Projekt begleiten, wird die Fläche etwa 24.000 Tonnen CO₂ pro Jahr binden. Doch nicht nur das: Moore sind echte Alleskönner. Tiere und Pflanzen finden hier Lebensräume und auch der Wasserhaushalt in der Region verbessert sich. Moore helfen bei Starkregen und Überflutungen ebenso wie bei Hitze und Dürre.

Für mich macht dieses Projekt Klimaschutz sehr konkret. Denn Klimaschutz ist eben mehr als ein Kasten Bier für den Regenwald – er spielt sich auch hier ab, direkt vor unserer Haustür.



„Klimaschutz ist mehr als ein Kasten Bier für den Regenwald.“



Foto: Stefanie Auer

Claudia Müller ist Parlamentarische Geschäftsführerin.

● Bundesland: Mecklenburg-Vorpommern

● Wahlkreis: Vorpommern-Rügen, Vorpommern-Greifswald I



„Ewigkeitschemikalien müssen weg, wollen wir die Natur und unser Trinkwasser bewahren!“

Brisantes im Tegernsee

Der Tegernsee in Oberbayern zählt zu den bekanntesten Urlaubsregionen Deutschlands. Jedes Jahr kommen zahlreiche Gäste zum Wandern in die traumhafte Landschaft. Industrie gibt es kaum und die Landwirtschaft beschränkt sich auf Grünland mit sehr hohem Bioanteil. Doch selbst in dieser von Natur und Tourismus geprägten Region wird inzwischen eine problematische Chemikalie im Wasser nachgewiesen.

Im Tegernsee wurde Trifluoracetat (TFA) in einer Konzentration von 0,65 Mikrogramm pro Liter ($\mu\text{g/l}$) gemessen. Ähnliche Werte fand man im Leitungswasser der Kreisstadt Miesbach (0,78 $\mu\text{g/l}$) sowie in der Mangfall, die aus dem Tegern-

see bis nach Rosenheim fließt (0,56 $\mu\text{g/l}$). TFA gehört zu den sogenannten Ewigkeitschemikalien. Es entsteht unter anderem beim Abbau fluorierter Pestizide oder Kühlmittel, gelangt über Regen und Flüsse in die Umwelt, in Böden und Grundwasser und baut sich dort praktisch nicht mehr ab.

Ich selbst habe die Wasserproben im bayerischen Oberland genommen und zur Analyse an ein spezialisiertes Labor geschickt. Dass TFA sogar rund um den Tegernsee nachgewiesen wird, finde ich erschreckend. Es zeigt, dass unsere Böden und Gewässer inzwischen flächendeckend mit Ewigkeitschemikalien belastet sind. Studien zu den gesundheitlichen Auswirkungen

von TFA müssen uns alarmieren. Neue Untersuchungen der Firma Bayer zeigen beispielsweise, dass schon kleinste Mengen die Entwicklung ungeborener Kinder beeinträchtigen können, etwa zu Leber- und Augenschäden führen können.

Noch sind die Werte im Trinkwasser gering, doch sie steigen und TFA baut sich nicht wieder ab. Mit zunehmenden Erkenntnissen über Gefahren des Stoffs muss die EU den Grenzwert senken. Auf die Wasserversorger kommen damit

aufwendige und teure Reinigungsverfahren zu. Als Bundestagsabgeordneter setze ich mich mit meiner Fraktion dafür ein, dass alle Pestizide und Kühlmittel, die zu TFA zerfallen, endlich vom Markt genommen werden. Im Rahmen einer Kampagne zum Thema Wasser werden wir einen Antrag in den Bundestag einbringen, um die Freisetzung von Ewigkeitschemikalien umfassend zu verbieten.

Karl Bär ist stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat.

● Bundesland: Bayern

● Wahlkreis: Bad Tölz-Wolfratshausen – Miesbach

Wege entstehen im Gehen

Julia Schneider hat drei Herzensangelegenheiten: Naturschutz, Ostbewusstsein und Demokratie. Wie das zusammenhängt? Das erklärt sich, wenn man ihre Geschichte kennt.

Foto: **Stefan Kaminski**

Julia Schneider wächst in Berlin-Hohenschönhausen auf, aber ihr Großstadtdschungel ist grün statt grau. Sie tobt mit den Nachbarskindern durch grüne Innenhöfe, lässt am Coca-Cola-Berg Drachen steigen. Wochenenden und Ferien verbringt sie oft mit ihren Großeltern im Bungalow am Oderhaff, geht im Wald Pilze sammeln oder am Strand spazieren. An diese Zeit erinnert sie sich häufig, wenn sie sich heute für den Erhalt der Natur und den Schutz des Klimas einsetzt.

Mit zwölf Jahren verpflanzt ihre Mutter sie der Liebe wegen einmal quer durch die Republik nach Freiburg im Breisgau und dann aufs Dorf. Zur Liebe zur Natur gesellt sich jetzt ihre zweite Herzensangelegenheit. Denn die anderen Kinder finden Julias Hochdeutsch komisch, die Erwachsenen fragen sie, ob sie aus Ost- oder Westberlin kommt. Für Julia war das bisher irrelevant. Auf ihrer Geburtsurkunde steht noch DDR – ein Land, das die im März 1990 Geborene nie kennengelernt hat. „Erst im Westen habe ich gemerkt, dass ich aus dem Osten war“, sagt Schneider.

Diese Erfahrung motiviert sie, sich mehr mit ihrer eigenen Ostidentität und mit den Erfahrungen ihrer Eltern und Großeltern auseinanderzusetzen. Sie lernt nicht nur aus privaten Geschichten, sondern auch aus vielen Büchern, die sie heute in ihrer Ostbibliothek in Pankow zum Ausleihen anbietet. Ihr politisches Ziel: mehr Ostbewusstsein schaffen. Dazu gehört, dass die ostdeutsche Geschichte mehr Anerkennung in der gesamtdeutschen Erinnerungskultur findet, zum Beispiel die Rolle der Umwelt- und Bürgerbewegungen: jener mutigen Menschen, die in der DDR trotz Festnahmen und Repressionen für Freiheit und eine intakte Natur auf die Straße gingen – und so die friedliche Revolution mit anstießen und trugen. Auch die Beseitigung der strukturellen Ungleichheit zwischen Ost und West ist Teil ihrer Politik. Der Handlungsbedarf ist klar: Die Löhne im Osten sind immer noch 21 Prozent geringer als im Westen und in Führungspositionen sind Ostdeutsche mit rund zwölf Prozent noch immer unterrepräsentiert. „Seit dem Mauerfall sind Fortschritte erzielt worden, das ist wichtig anzuerkennen“, sagt Schneider. „Aber genauso richtig ist es auch, dass es noch viel zu tun gibt.“

Dass Veränderung möglich ist, spürt sie zum ersten Mal während ihrer deutsch-spanischen Studien in Madrid. Die Auswirkungen der Finanzkrise machen die jungen Menschen 2011/12 dort zur „verlorenen Generation“, gerade unter den gut Qualifizierten herrscht hohe Arbeitslosigkeit: „Das hat mich sehr mitgenommen, denn das waren ja meine Freund*innen.“

Schneider beteiligt sich an den Demonstrationen ihrer Mitstudierenden an der Puerta del Sol, schätzt die Diskussionen, das Gemeinschaftsgefühl, den Versuch, etwas zu bewegen. Neben Natur und Ostbewusstsein entsteht hier ihre dritte Herzensangelegenheit: das Leben und Verteidigen unserer Demokratie.

Nach dem Bachelor zieht es sie nach Frankfurt/Oder, um einen Master in interkultureller Kommunikation und parallel in European Studies zu machen. Sie lernt dabei, unterschiedliche Perspektiven und Menschen zusammenzubringen, „etwas, das mir in meinen Job heute total hilft“, sagt sie. Ihr Weg in die Politik und zu den Grünen führt 2017 über eine Elternzeitvertretung im Büro des damaligen Haushaltspolitikers der grünen Bundestagsfraktion, Sven-Christian Kindler. Danach hat sie Lust, sich weiter politisch zu engagieren. Doch das anschließende Trainee-Programm in der Berliner Senatsverwaltung bremst sie eher aus. „Jetzt machense manich so schnell, Frau Schneider“, hört sie ständig. Zum Glück gibt es die Arbeitsgruppe (AG) „Verwaltung von unten“ bei den Grünen in Berlin-Pankow, wo sie mittlerweile wohnt. Die Mitarbeit in der AG macht ihr so viel Spaß, dass sie gleich noch in die AG „Klimaschutz“ geht und bald Beisitzerin im Kreisvorstand ist. 2021 tritt sie für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus an – und gewinnt für die Grünen zum ersten Mal das Direktmandat. Bei der Wiederholungswahl 2023 verteidigt sie es, wird umweltpolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Julia Schneider ist zufrieden und gut ausgelastet, zumal sie in dieser Zeit Mutter wird. Dann kommt die vorgezogene Bundestagswahl. Als sich in ihrem Kreisverband Pankow nur Männer bewerben, wirft sie ihren Hut in den Ring. Sie holt die Kandidatur, gewinnt den Wahlkreis und wird Mitglied des Bundestags. „Das entsprach nicht gerade meiner Lebensplanung“, sagt sie, „aber bei mir entstehen Wege oft im Gehen.“

Im Umweltausschuss des Bundestags kämpft sie für mehr Grün im Grau. Berlin möchte sie zu einer „Schwammstadt“ umbauen, die das Wasser besser speichert. Haushaltsmittel für die Entsiegelung der städtischen Betonwüsten hatte sie bereits als Landespolitikerin lockergemacht. Auch die Renaturierung des Flüsschens Panke, das ihrem Wahlkreis seinen Namen gibt, will sie vorantreiben. Als Berichterstatterin der Bundestagsfraktion für Klimaanpassung und Fair Fashion reiste sie jüngst nach Bangladesch, um die Folgen der Produktion von Billigmode für die dortigen Flusslandschaften zu begutachten.

A portrait of Julia Schneider, a woman with long dark hair, wearing a blue long-sleeved sweater and dark jeans. She is standing outdoors with her arms crossed, in front of a blurred background of trees and a body of water. The lighting is soft, suggesting late afternoon or early morning.

2017

Eintritt bei Bündnis 90/
Die Grünen

2020-2021

Mitglied im Vorstand des
Kreisverbands Berlin
Pankow

2021-2025

Mitglied des Abgeordneten
hauses von Berlin, stellver-
tretende Fraktionsvorsitzende
und Sprecherin für Umwelt,
Haushalt, Personal,
Verwaltung

seit März 2025

Mitglied des Deutschen
Bundestags, Mitglied im
Ausschuss für Umwelt, Klima
schutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit

Natur, Ostbewusstsein, Demokratie – für Julia Schneider hängen diese Themen eng zusammen:

„Wer die Natur zerstört, zerstört unsere Lebensgrundlagen. Wer Ost- und Westperspektiven nicht gleichermaßen respektiert, spaltet die Gesellschaft. Aber für eine funktionierende Demokratie brauchen wir eine intakte Natur und gesellschaftlichen Zusammenhalt – und beides können wir nur mit Demokratie erhalten.“



Mihalic Macht's Möglich

Fotos: Stefan Kaminski

Die Parlamentarischen Geschäftsführer*innen (PGF) haben eine Schlüsselfunktion im Parlament, ohne sie geht gar nichts im Hohen Haus. Sitzungswoche für Sitzungswoche müssen sie eine Tagesordnung auf den Weg bringen, die gute und lebendige Debatten im Bundestag ermöglicht. Dabei vertreten sie die strategischen Interessen und fachlichen Inhalte ihrer Fraktion. Mit den anderen Fraktionen in Verfahrensfragen übereinzukommen, gehört zum Geschäft.

Die Sitzungswoche der Ersten Parlamentarischen Geschäftsführerin ist eine 70-Stunden-Woche, durchgetaktet von Montagfrüh bis Freitagmittag. An der Schnittstelle zwischen Fraktionsspitze, Fachbereichen, Verwaltung und den anderen Fraktionen steuert sie das parlamentarische Geschäft. Die „Maschinistin der Demokratie“, wie sie sich selbst nennt, hat darüber hinaus ihre ganz persönliche politische Agenda: die Demokratie, den Rechtsstaat und die Menschen unseres Landes zu schützen.

In der Regierungszeit mit der Ampel war es für Irene Mihalic das A und O, dafür zu sorgen, dass bei Abstimmungen im Bundestag die Mehrheit steht. In dieser Wahlperiode steht die Tagesordnung der Bundestagsitzungen im Fokus: Die grüne Fraktion im Parlament sichtbar zu machen und nach Möglichkeit eine Debatte zu prägen, ist ihre Aufgabe und ihr innerer Antrieb. Im Parlament ist ihr Platz ganz vorn in den Fraktionsreihen. Denn wenn eine Intervention nötig ist, muss sie nach vorne gehen – etwa

um zu erbitten, Verstöße gegen die Sitzungsordnung zu rügen, Redner*innen anzumelden oder Änderungen im Ablauf zu besprechen.

An ihrem Platz befindet sich ein Telefon, über das sie jederzeit ihre Kolleg*innen erreicht. Mit den drei weiteren Parlamentarischen Geschäftsführer*innen der Fraktion teilt sie sich den Plenumsdienst, achtet auf die Einhaltung der Geschäftsordnung und die Präsenz der eigenen Abgeordneten und betreut auch eigene Aufgabenbereiche innerhalb des Ältestenrats. Eine Sitzungswoche lang, vom 16. bis 20. März 2026, durften wir Irene Mihalic begleiten, ihre Routinen mitverfolgen und besondere Momente mit der Kamera einfangen.

seit 2013

sitzt Irene Mihalic im Bundestag, Polizistin von Beruf, studierte und promovierte Kriminologin, verheiratet und Mutter von zwei Kindern.

seit 2021

ist sie Erste PGF, Sprecherin für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung und Sicherheitsbeauftragte der Fraktion. Sie ist Mitglied im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung und im Ältestenrat und stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss.



Montag, 10 Uhr:

Vor der Vorstandssitzung trifft sich Mihalic mit den beiden Fraktionsvorsitzenden, um mit ihnen die Sitzung des Fraktionsvorstands vorzubereiten. Es gehört zu ihren Aufgaben, die Vorsitzenden dabei zu unterstützen, die Fraktion inhaltlich wie strategisch gut zu führen. Wenn dann der Vorstand um 11 Uhr zusammenkommt, wissen bereits alle, was in der Woche zu tun ist: wie die Kernzeitdebatte gefüllt wird, welcher Antrag aufgesetzt, ob eine Aktuelle Stunde beantragt werden soll, wie man die Bundesregierung in der Fragestunde ins Gebet nimmt ...

Dienstag, 11.30 Uhr:

Mihalic stimmt sich mit den Parlamentarischen Geschäftsführer*innen der anderen Fraktionen darüber ab, welche Gesetze und Anträge wann auf die aktuelle Tagesordnung kommen. Auch die Planung der Sitzungswochen des Deutschen Bundestags für das nächste Jahr liegt Mitte März bereits zur finalen Verabredung vor. Klingt technisch, aber in dieser Runde geht es auch darum, die Verteilung der Macht im Parlament praktisch zu organisieren. Mihalic achtet darauf, dass die grüne Fraktion in der Opposition angemessen vorkommt und sich Debattenplätze sichert, die es in die Nachrichten schaffen können. In einer anschließenden internen Runde sammelt sie das Stimmungsbild von den Obleuten der grünen Fraktion aus den Ausschüssen ein: Lässt die Koalition wieder zu wenig öffentliche Anhörungen zu? Weigert sich eine Ministerin, im Ausschuss zu erscheinen? Oder hält sich die AfD-Fraktion erneut nicht an die demokratischen Spielregeln? Streitfälle aus den Berichten der Obleute nimmt sie mit und bringt sie im Ältestenrat zur Sprache.

Mittwoch, 9 Uhr:

Pressefrühstück. Mihalic macht Öffentlichkeitsarbeit fürs parlamentarische Geschäft. Sie ordnet für die Medienvertreter*innen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung ein und erläutert die grüne Position zu den wichtigsten Punkten. Die bevorstehende Regierungserklärung des Kanzlers, der Krieg gegen den Iran und das Gesetz gegen die steigenden Kraftstoffpreise geben ihr Anlass, darauf hinzuweisen, wie gefährlich und sinnlos das Festhalten an Öl und Gas ist. Anschließend geht es für drei Stunden in den Innenausschuss, bevor um 14 Uhr ihr Dienst im Plenum beginnt.

Donnerstag, 9 Uhr:

Auch heute Dienst im Plenum. Danach geht Mihalic mit ihren Kolleg*innen in den Ältestenrat um 13 Uhr. In diesem Gremium sind die Bundestagspräsidentin und ihre Vizes, die Parlamentarischen Geschäftsführer*innen der Fraktionen, ein*e Regierungsvertreter*in und der Bundestagsdirektor sowie hohe Verwaltungsbeamt*innen vertreten. Alle Zuständigkeiten für das Hohe Haus laufen bei ihnen zusammen.

Freitag, 9 Uhr:

Noch einmal Dienst im Plenum. Bevor am Abend die Bundestagssitzung für diese Woche endet, trifft sich Mihalic mit den beiden Fraktionsvorsitzenden. Es gilt, die nächste Sitzungswoche strategisch in den Blick zu nehmen. Dann geht es für alle zurück in den Wahlkreis, wo weitere Verpflichtungen warten.

→ gruene-bundestag.de/pgf

Gemeinsam Demokratie verteidigen

Weltweit steht die freiheitliche Demokratie unter Druck. Wie die Demokratien in Deutschland und Europa widerstandsfähiger werden können, diskutierte daher die grüne Bundestagsfraktion am 25. März im Berliner Restaurant W66 am Beispiel der USA zum Auftakt ihrer Reihe „Sofortprogramm Zukunft“.

Gemeinsam mit der Moderatorin Tanja Samrotzki eröffnete die grüne Fraktionsvorsitzende Katharina Dröge den Abend. Ausgangspunkt der folgenden Diskussion war die Feststellung, dass Freiheitsrechte zunehmend in Gefahr geraten und Demokratien weltweit unter Druck stehen.

Prof. Lora Anne Viola, Direktorin des John-F.-Kennedy-Instituts der Freien Universität Berlin, zeigte in ihrem Impuls, dass autoritäre Entwicklungen meist schleichend und langfristig entstehen. Die USA beschrieb sie dabei als eine Art „Frühwarnsystem“ für Europa: Entwicklungen in Medien, Bildung und Politik zeichnen sich dort oft früher ab.

In der anschließenden Diskussion mit der USA-Expertin Cathryn Clüver Ashbrook der Bertelsmann Stiftung und Prof. Hedwig Richter von der Universität der Bundeswehr München ging es um zentrale Ursachen für die Erosion der Demokratie. Die Diskutantinnen hoben besonders die starke gesellschaftliche Polarisierung, wachsende wirtschaftliche Ungleichheit und strukturelle Probleme politischer Systeme hervor. Polarisierung beschrieben sie als emotional verstärkte Spaltung, die durch Medien und soziale Netzwerke zusätzlich angeheizt wird. Gleichzeitig untergraben Vermögenskonzentration sowie der Einfluss von Geld und Lobbying das Vertrauen in demokratische Institutionen. Auch institutionelle Fragen wurden beleuchtet: Das politische System der USA kann die Demokratie stabilisieren, ist aber auch anfällig für Machtverschiebungen – etwa durch parteipolitische Veränderungen, wie bei den Republikanern unter Trump. Gleichzeitig können Protestbewegungen und neue Bündnisse wichtige Gegenkräfte sein.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf dem Strukturwandel der Öffentlichkeit. Der Rückgang des Lokaljournalismus und die wachsende Macht großer Medienplattformen führen zu einer zersplitterten Informationslandschaft. Digitale Plattformen verstärken Emotionen wie Angst und Wut und beeinflussen so die politische Wahrnehmung und Entscheidungen.

Mit Blick auf Deutschland und Europa kritisierte Katharina Dröge, dass die demokratischen Parteien zu oft lediglich auf Wahlerfolge von Rechten reagieren und dabei grundlegende Probleme übersehen. Selbstkritisch wurde diskutiert, dass auch demokratische Kräfte so teils zur Verschiebung von Debatten beigetragen haben: etwa durch die Wiederholung rechter Narrative. Hier gelte es zukünftig, reale Sorgen der Menschen ernst zu nehmen, ohne jedoch falsche Lösungen zu übernehmen. Es wirkt sich fatal auf die Demokratie aus, wenn zivilgesellschaftliches Engagement durch Einschüchterung erschwert wird. In einigen Regionen stehen demokratische Einrichtungen wie Schulen oder Kulturorte unter Druck. Rechtsextreme Netzwerke sind vielerorts bereits stark verankert – hier braucht es konkrete Gegenstrategien.

Gleichzeitig wirken autoritäre Tendenzen zunehmend auch digital, etwa durch gezielte Mobilisierung und das Schüren von Ängsten. Das sollte die politische Kommunikation beherzigen. Demokratische Akteur*innen sprechen oft zu kompliziert, während autoritäre Kräfte einfache und emotionale Botschaften nutzen. Erfolgreiche demokratische Politik braucht daher verständliche Sprache, klare Werte und positive Zukunftsbilder. Als Ergebnis wurde ein gemeinsamer Handlungsrahmen formuliert: Demokratie muss frühzeitig geschützt werden – durch starke Institutionen, aktive Zivilgesellschaft, gute politische Bildung und klare Regeln für Medien und Plattformen. Ebenso wichtig sind lokale Netzwerke und eine glaubwürdige politische Kommunikation.

Zur Langstrecke des Artikels geht es hier:

→ gruene-bundestag.de/demokratie-verteidigen



Gesundheit muss bezahlbar bleiben

Die gesetzlichen Krankenkassen stecken in einer tiefen Finanzkrise. Allein bis 2027 fehlen über 15 Milliarden Euro. Die Folge: Der Krankenkassenbeitrag könnte in den nächsten Jahren weiter kräftig steigen – ohne Gegenmaßnahmen bis 2029 auf 25 Prozent. Die Bundesregierung hat deshalb eine Fachkommission eingesetzt, die 66 Vorschläge vorgelegt hat. Doch einige davon belasten auch die Versicherten: höhere Zuzahlungen, mehr Eigenbeteiligung und weniger Leistungen. Wir Grüne im Bundestag wollen stattdessen an die echten Kostentreiber ran: übertriebene Medikamente, veraltete Krankenhausstrukturen und eine fehlende Patientensteuerung im Gesundheitssystem.

Im Moment treiben wenige neue patentgeschützte Medikamente die Kosten massiv nach oben. Wir wollen, dass der Preis eines Medikaments sich stärker am tatsächlichen Nutzen für Patient*innen orientiert. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung hat dafür bereits Vorschläge gemacht – sie müssen nur umgesetzt werden. Aufseiten der Krankenhäuser sollten die Kliniken sich auf bestimmte Behandlungen spezialisieren. So steigt die Qualität und sinken die Kosten. So steht es in der Krankenhausreform der Ampelregierung, die die schwarz-rote Koalition jetzt nicht wieder aufweichen darf. Ein weiterer Kostenpunkt: Die Krankenkassen zahlen heute für Aufgaben, die eigentlich der Staat übernehmen müsste – zum Beispiel die Beiträge für Bürgergeldbeziehende. Wir wollen, dass der Bund diese Kosten vollständig aus Steuermitteln trägt. Das entlastet die Beitragszahler*innen direkt.

Unsere Konzepte für eine gute, bezahlbare Gesundheitsversorgung stehen bereit. Was fehlt, ist der politische Wille der Bundesregierung.

→ gruene-bundestag.de/gesundheitskosten



Koloniales Unrecht wiedergutmachen

In einem Fachgespräch Anfang März im Bundestag hat sich die grüne Bundestagsfraktion mit der Aufarbeitung der deutschen Kolonialvergangenheit auseinandergesetzt. Am Beispiel Namibia zeigte sich, wie schwer Versöhnung ist: Deutschland hat den Völkermord an den Herero und Nama bis heute nicht klar als solchen benannt und sich nicht dafür entschuldigt.

Im Gespräch mit Fachleuten und Nachfahren wurde klar: Bei der Aufarbeitung kolonialen Unrechts geht es nicht allein um Rückgabe oder finanzielle Entschädigungen, sondern auch um Anerkennung, Wahrheit und Schutz vor Wiederholung. Die Nachfahr*innen Betroffener müssen dabei maßgeblich einbezogen werden. Die Aufarbeitung braucht Zeit, Geld und den politischen Willen, all dies umzusetzen. Deutschland hat hier noch viel zu tun.

Mehr zum Thema → gruene-bundestag.de/koloniales-unrecht

Klimaschutzprogramm 2026 geht in die völlig falsche Richtung

Die Bundesregierung ist mit dem Ausbremsen der Erneuerbaren durch das geplante Netzpaket und den Plänen zum Stopp der Solardachvergütung auf Geisterfahrt beim Klimaschutz. Auch das neue Klimaschutzprogramm 2026 macht da keine Ausnahme. Es entspricht nicht den Anforderungen des Klimaschutzgesetzes.

Die Klimaschutzprogramme sind eigentlich dazu da, vorzuschauen und die Pfade zur Klimaneutralität aufzuzeigen. Die Entwicklung weg von fossiler Energie braucht Zeit und Planungssicherheit – gerade bei langsamen Sektoren wie Wärme oder Verkehr. Doch das Programm von Schwarz-Rot tut wenig, um erneuerbare Technologien zu fördern, und nichts, um fossile Subventionen zu senken.

Das hat der Bundesregierung sogar ihr eigener Expertenrat für Klimafragen bescheinigt. So wird Deutschland seine Klimaziele für 2030 und 2040 verfehlen.

Für uns Grüne im Bundestag ist klar: Jede Solaranlage, jedes Windrad, jedes E-Auto und jede Wärmepumpe senkt die Energiekosten und ist gleichzeitig gut fürs Klima. Wir haben einen Antrag ins Parlament eingebracht, wie das Klimaschutzprogramm angesichts der Kostenexplosion bei Öl und Gas als Entlastungsprogramm wirken kann. Dafür braucht es langfristig abgesicherte Investitionen in erneuerbare Energien, Elektrifizierung und Energieeffizienz. Doch die Bundesregierung tut das Gegenteil. Sie zementiert mit ihrem Klimaschutzprogramm die Abhängigkeit von Öl und Gas und treibt die Menschen in Deutschland tiefer in die fossile Kostenfalle.

→ gruene-bundestag.de/klimaschutzprogramm

Impressum

Stand: April 2026

Herausgeberin:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

TEL: 030/227 56789

→ info@gruene-bundestag.de

→ gruene-bundestag.de

Redaktion: Holger Böthling, Gisela Hüber

Gestaltung: Stefan Kaminski, Julia Klee, Daniel Pfeifer

Titelfoto: Shutterstock

Auflage: 6.000

Redaktionsschluss: 10.04.2026

Fotos (soweit nicht anders angegeben):

Stefan Kaminski

V. i. S. d. P.: Sibylle Kraut-Eppich

extragrün erscheint mindestens zwei Mal im Jahr und kann unter folgender Adresse bestellt werden:

→ gruene-bundestag.de/publikationen

→ versand@gruenebundestag.de

Oder: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, Versand, 11011 Berlin

Tierisch gute Wasserfilter

Einige sehen aus wie bunte Klumpen, andere wie kunstvolle Bauwerke. Sie können weder sehen noch hören oder fühlen. Trotzdem sind sie lebendige Tiere. Und sie sorgen für sauberes Wasser.

Porifera ist der wissenschaftliche Name für Schwämme. Das Wort kommt aus dem Lateinischen und bedeutet „Porenträger“. Schwämme gehören zu den ältesten und einfachsten Tieren auf unserem Planeten. **Es gibt sie schon seit über 600 Millionen Jahren. Sie waren also schon lange vor den Dinosauriern auf der Erde!**



Wohnort: Bikini Bottom?

SpongeBob Schwammkopf, der wohl berühmteste Zeichentrick-Schwamm, lebt in einer Ananas auf dem Meeresgrund. Und viele seiner Freunde in der echten Welt finden in den atemberaubend schönen Korallenriffen in der Südsee einen geeigneten Lebensraum. Aber auch hier bei uns sind Schwämme zu Hause.

In Seen und Flüssen (Süßwasser)

In unseren Gewässern an Land leben mindestens sechs Arten. Die bekanntesten sind:

Foto: shutterstock



Gemeiner Süßwasserschwamm (*Spongilla lacustris*): Er ist die häufigste Art und wächst oft fingerförmig oder wie ein kleiner Strauch an Ästen und Steinen. Er kann durch eingelagerte Algen leuchtend grün aussehen.



Fluss-Schwamm (*Ephydatia fluviatilis*): Dieser Schwamm bildet eher flache, krustige Beläge auf hartem Untergrund in fließenden Gewässern.

Foto: Alamy

In Nord- und Ostsee (Salzwasser)

In den Meeren vor unserer Küste ist die Vielfalt deutlich größer. Hier findet man zum Beispiel:

Foto: Alamy



Brotkrumenschwamm (*Halichondria panicea*): Er sieht oft aus wie eine Kruste oder wie viele kleine Vulkane und ist in der Nordsee sehr verbreitet.



Bohrschwämme (*Clionidae*): Diese Schwämme „bohren“ sich mit speziellen Ätzzellen in die Schalen aus Kalk von Muscheln oder Steinen.

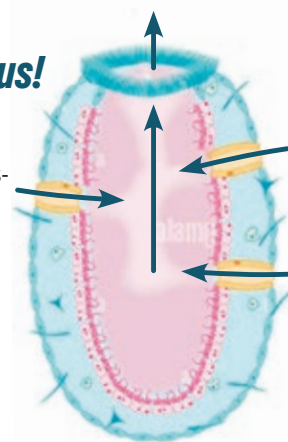
Foto: Alamy

Ganz schön bunt

Schwämme kommen auf der ganzen Welt in den unterschiedlichsten Farben vor. Über 9.000 Arten sind bekannt, und es werden ständig weitere entdeckt.

Reinigungskraft voraus!

Da sie sich nicht fortbewegen können, filtern Schwämme Wasser, um Nahrung zu gewinnen. Ein einziger Schwamm von der Größe eines Fußballs kann pro Stunde so viel Wasser filtern, wie in zwölf Badewannen passt. Schwämme spielen deshalb eine entscheidende Rolle bei der Reinigung von Wasser, insbesondere in den Meeren.



Wasserfluss eines Askonoidenschwammes

Zum Selbermachen

Wusstest du, dass du aus alten Schwammtüchern für die Küche ganz einfach wiederverwendbare Wasserbomben basteln kannst?



Schritt 1: Schneide einige Schwammtücher in etwa gleich große Streifen.

Schritt 2: Binde die Streifen in der Mitte mit einer Schnur zusammen.

Schritt 3: Tauche die Schwammbomben in einen Eimer voll Wasser und gönne dir und deinen Freund*innen eine erfrischende Abkühlung.

„Neben der Luft, die wir atmen, ist sauberes Wasser die wichtigste Grundlage unseres Lebens. Es ist unser Lebenselixier. Sauberes Trinkwasser darf kein Luxus sein. Die Wasserversorgung gehört daher in die öffentliche Hand. Und nicht in die Hände von Konzernen.“



Britta Haßelmann
Fraktionsvorsitzende

Die grüne Bundestagsfraktion auf Social Media:

-  threads.net/@gruenebundestag
-  bsky.app/profile/gruene-bundestag.de
-  gruene.social/@GrueneBundestag
-  facebook.com/Gruene.im.Bundestag
-  x.com/gruenebundestag
-  instagram.com/gruenebundestag
-  linkedin.com/company/fraktion-b-ndnis-90-die-gr-nen-im-deutschen-bundestag
-  tiktok.com/@gruenebundestag
-  youtube.com/gruenebundestag



Newsletter?

**Immer auf dem
Laufenden bleiben!**

Abonniere den Newsletter der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und erhalte regelmäßig Informationen zu aktuellen politischen Themen, Initiativen und Veranstaltungen direkt aus dem Bundestag.

→ gruene-bundestag.de/newsletter